

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Oktober 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Braun (CDU/CSU)	5, 6	Reuter (SPD)	14, 15
Catenhusen (SPD)	7	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	52, 53
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	42, 43	Roth (SPD)	24, 25
Eigen (CDU/CSU)	33, 34	Rusche (DIE GRÜNEN)	68, 69
Dr. Emmerlich (SPD)	54, 55	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	37, 38
Funk (CDU/CSU)	35, 36	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	3, 40
Dr. Hirsch (FDP)	10, 11	Schreiner (SPD)	26, 27
Huonker (SPD)	46, 47	Frau Dr. Segall (FDP)	50, 51
Dr. Hupka (CDU/CSU)	66, 67	Senfft (DIE GRÜNEN)	20, 21
Immer (Altenkirchen) (SPD)	64, 65	Dr. Soell (SPD)	48, 49
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	41	Dr. Sperling (SPD)	18, 19
Kirschner (SPD)	44, 45	Stahl (Kempfen) (SPD)	8, 9
Klein (Dieburg) (SPD)	60, 61	Frau Steinhauer (SPD)	4
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	31, 32	Stiegler (SPD)	22, 23
Lintner (CDU/CSU)	1, 2	Ströbele (DIE GRÜNEN)	56, 57
Michels (CDU/CSU)	30, 62	Toetemeyer (SPD)	28, 29
Müntefering (SPD)	16, 17	Frau Weyel (SPD)	39
Pauli (SPD)	63	Zander (SPD)	58, 59
Reschke (SPD)	12, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für Innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die DM-Beträge, die bei geschäftlichen und privaten Aufenthalten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland jährlich in der DDR dort ausgegeben oder sonst hinterlassen werden?

2. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie groß ist der Prozentsatz derjenigen Personen der Bevölkerung der DDR, die DM aus westlichen Quellen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, aus welchen Gründen in einem Versuchslabor der US-Streitkräfte in Fort Dietrich, US-Bundesstaat Maryland, Viren zum Zwecke der biologischen Kriegführung gezüchtet wurden, und wie bewertet die Bundesregierung diese Tatsache in Anbetracht wiederholter Äußerungen aus NATO-Kreisen, daß biologische Kampfmittel nicht zum Waffenarsenal der NATO-Streitkräfte sowie der nationalen Armeen gehörten?

4. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ehemalige Soldaten auf Zeit die Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt nur durch mehrjährige Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung erreichen können, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Gesetzgeber Vorschläge zu unterbreiten, wie für diesen Personenkreis der Lebensunterhalt während dieser notwendigen Bildungsmaßnahmen gesichert werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vor allem im Wohnungs- und Städtebau ergriffen, um das Zusammenleben mehrerer Generationen zu erleichtern?

6. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung noch weitere Maßnahmen, die dem Ziel dienen, das Zusammenleben mehrerer Generationen zu erleichtern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

7. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Projekte der Technikbewertung und Technologiefolgenabschätzung sind vom Bundesministerium für Forschung und Technologie seit dem 1. Januar 1985 neu in die Förderung aufgenommen worden?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Auf welchen Betrag belaufen sich die Kosten (Bewirtung, Unterbringung der Teilnehmer, Raummiete, Porto etc.) für die Ausrichtung der Mitte September 1986 stattgefundenen Fachpressekonferenz, die, wie „DIE ZEIT“ in ihrer Ausgabe vom 22. August 1986 berichtet, das „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gemeinsam mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und dem Diskussionskreis der CDU/CSU-Fraktion“ (Text der Einladung an die mittelständische Fachpresse) durchführte, und wer – das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU oder die CDU/CSU-Fraktion – hat die Kosten dieser Fachpressekonferenz getragen?
9. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung diese parteipolitische Veranstaltung – wobei „über die Arbeit der Bundesregierung und über die sie tragende Koalition im Bereich der Mittelstandspolitik umfassender und intensiver berichtet werden“ soll, „als dies im Rahmen der Pressekonferenzen aus aktuellem Anlaß möglich ist“ (Text der obengenannten Einladung) – mit dem Verfassungsgerichtsurteil von 1977 für vereinbar, wonach einer Bundesregierung eine extensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld einer Bundestagswahl untersagt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Bundesländer haben bisher auf die Anfrage des Bundesministers des Innern Stellung genommen, in der der Bundesminister des Innern entsprechend des Beschlusses der Innenministerkonferenz um Zustimmung zu einer Änderung der Stellenplanobergrenzenverordnung gebeten hat, durch die den besonders belasteten Polizeibeamten des mittleren Dienstes eine etwas bessere Beförderungsmöglichkeit von A 8 nach A 9 geboten werden soll?
11. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Was gedenkt der Bundesminister des Innern zu tun, um in dieser Sache endlich weiterzukommen?

12. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Gefahr eines Mißerfolgs der Volkszählung dadurch, daß es Städte und Gemeinden gibt, die die Kosten für die Durchführung der Volkszählung nicht aufbringen können?
13. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung des Deutschen Städtetages vom 16. September 1986 zu erfüllen, den Gemeinden die mit der Durchführung der Volkszählung entstehenden Kosten voll zu erstatten?
14. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung auf Grund der Erfahrungen der im Frühjahr und Sommer dieses Jahres stattgefundenen Probeläufe zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987, unterteilt nach den unterschiedlichen Einwohnerzahlen?
15. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Sind der Bundesregierung Aussagen von Städten bekannt, die bisher schon zu erkennen gegeben haben, daß sie auf Grund ihrer Finanzkraft nicht in der Lage sind, die Kosten der Volkszählung aufzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

16. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß der Kündigungsschutz für Mieter gemeinnütziger Unternehmen gelockert werden sollte?
17. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die Mietpreisbindung des Kostenmietenprinzips bei Sozialwohnungen mit dem Ziel der Anpassung an die Marktbedingungen gelockert werden sollte?
18. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die bestehenden Begrenzungen für Zeitmietverträge gelockert werden sollten?
19. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die Kündigungssperre zugunsten des Mieters bei Eigenbedarf in Umwandlungsfällen gekürzt oder gestrichen werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN) Wie hoch sind die voraussichtlichen Mehreinnahmen aus der ab 1. April 1985 geltenden Mineralölsteuerspreizung für die Jahre 1985, 1986 und 1987?

21. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, Teile dieser Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuerspreizung als zusätzliche Mittel für Vorhaben zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs in den Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder aber zur Mitfinanzierung von Umweltschutztarifen nach dem Modell der Freiburger Verkehrs AG bereitzustellen?
22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Nach welchen Kriterien prüft die Bundesregierung, ob und in welchem Umfang der Sonderausgabenvorwegabzug von Vorsorgeaufwendungen bei der Einkommensteuer für die Selbständigen und Freiberufler verbessert werden kann, und was ist die Ursache dafür, daß die bereits 1979 im „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Freien Berufe“ (Drucksache 8/3139) angekündigte Prüfung der Frage einer weiteren Anpassung des Vorwegabzuges noch nicht abgeschlossen werden konnte?
23. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie haben sich die Vollbeiträge (Beiträge der Selbständigen) zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung seit der Einführung des Vorwegabzuges von 3 000 DM entwickelt, und welche Entlastungen hätten die Selbständigen und Freiberufler erfahren, wenn der Vorwegabzug proportional zur Entwicklung der Beiträge angehoben worden wäre?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

24. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Ist der Bundesregierung zwischenzeitlich eine Bewertung der geplanten Unterstützung des Daimler-Benz-Konzerns in Rastatt durch das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Rastatt hinsichtlich ihrer Beihilfequalität möglich, und zu welchem Urteil ist die Bundesregierung gekommen?
25. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit einer Entscheidung der EG-Kommission, ob es sich bei der geplanten Unterstützung an die Daimler-Benz AG um eine genehmigungspflichtige Beihilfe handelt oder nicht?
26. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche Zechen sind durch das Vorhaben der Bundesregierung, die Förderung der Kohle auf die „kostengünstigen Zechen“ zu konzentrieren (Energiebericht der Bundesregierung vom 26. September 1986, Drucksache 10/6073, S. 20), innerhalb der nächsten Jahre von der Schließung bedroht, und wie gedenkt die Bundesregierung, etwaige Arbeitsplatzverluste auszugleichen?

27. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Ausbau der Fernwärmeversorgung und die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (Kohle-Heizkraftwerke) weiter zu fördern und das am 31. Dezember 1986 auslaufende Unterstützungsprogramm mit den Bundesländern fortzusetzen?
28. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Vizepräsident der südafrikanischen Nationalbank, Herr Dr. de Kook, zusammen mit Herrn Dhlomo von der Inkatha-Bewegung vom 11. bis 13. Oktober 1986 in Boppard mit Vertretern der deutschen Wirtschaft konferiert hat, und wenn ja, hat sie diese Zusammenkunft finanziell gefördert?
29. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Meldung des südafrikanischen Fernsehens vom 14. Oktober 1986 bestätigen, wonach führende deutsche Industrielle Herrn Dr. de Kook erklärt haben, sie seien bereit, verstärkt in Südafrika zu investieren, und ist sie bereit, diese Investitionen gegebenenfalls durch Hermes-Bürgschaften abzusichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß das Land Hessen für die Erfassung und den Vertrieb von Milch und Milchprodukten den Milchproduzenten 22 Stallhaltungstage auferlegt hat, 30 Landwirte aus dem Kreis Höxter ihre Kühe 22 Tage im Stall halten mußten, da sie die Milch an eine Molkerei in Hessen abliefern, das Land Nordrhein-Westfalen diese Landwirte aber nur für zwölf Tage entschädigt, weil Nordrhein-Westfalen nur zwölf Stallhaltungstage verfügt hatte?
31. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Durch welche Quoten und in welcher Höhe soll die Möglichkeit einer aktiven Agrarpreispolitik erreicht werden?
32. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Bei welchen Produkten und in welcher Zeit soll die Möglichkeit einer aktiven Agrarpreispolitik erreicht werden?
33. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Beschränkung der Macht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft einzuleiten, nachdem die Kommission mit einer Senkung der Exporterstattung für Rindfleisch die Rindfleischmarktordnung ausgehöhlt hat und damit den Ministerrat und das Europäische Parlament desavouiert?

34. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Worin sieht die Bundesregierung die Gründe für den totalen Zusammenbruch der Schweinepreise in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen kann und will die Bundesregierung ergreifen, um den in große Not geratenen Schweine- und Ferkelerzeugern zu helfen?
35. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung zusammen mit den Ländern alsbald erreichen, daß schweinehaltende Betriebe in die Ausgleichszulage der benachteiligten Gebiete aufgenommen werden, da diese Betriebe keinerlei Marktstützung bekommen und deshalb besonders benachteiligt sind?
36. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch entsprechende finanzielle Anreize kurzfristig die Milchgarantiemenge zu reduzieren, ohne daß den betreffenden Landwirten Einkommenseinbußen entstehen?
37. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Ausgleichszulage besonders für die Berggebiete angehoben werden muß?
38. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits entsprechende Initiativen zur Änderung der EG-Strukturrichtlinie ergriffen, oder ist sie gegebenenfalls bereit, alsbald einen entsprechenden Antrag zu stellen, und bis wann ist nach Einschätzung der Bundesregierung mit einer Anhebung der Ausgleichszulage durch die EG-Kommission zu rechnen?
39. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, eine umfangreiche Änderungsverordnung zur Futtermittelverordnung zu erlassen, die auf dem derzeit geltenden Futtermittelgesetz basiert, obwohl der Entwurf zur Änderung des Futtermittelgesetzes bereits vorliegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

40. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Plant die Bundesregierung Untersuchungen über die Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung von Zivildienstleistenden nach dem Ablauf ihres Dienstes in das Arbeitsleben, und aus welchem Grunde haben Zivildienstleistende nur dann Anspruch auf Arbeitslosengeld nach Beendigung ihres Zivildienstes, wenn sie sich bereits vor Beginn ihres Zivildienstes arbeitslos gemeldet haben?

41. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, so rasch wie möglich zu prüfen, ob nicht angesichts der Lage der deutschen Landwirtschaft die Bundesanstalt für Arbeit und deren nachgeordneten Behörden ermächtigt werden könnten, im Einzelfall befristete Arbeitserlaubnisse für Einsätze bei der Obsternte, der Weinlese und dergleichen in bestimmten auf Hilfskräfte angewiesenen landwirtschaftlichen Betrieben an Personen zu erteilen, die sonst keine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland haben?
42. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, und worauf ist es gegebenenfalls zurückzuführen, daß für die nach 1921 geborenen Frauen, die bei Inkrafttreten des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes bereits eine Rente bezogen, noch immer keine Aufstockung ihrer Renten um die Kindererziehungszeiten erfolgt ist?
43. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Wie groß ist der Kreis der auf diese Rentenkorrektur wartenden Frauen bei den einzelnen Landesversicherungsanstalten und bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese überlangen Wartezeiten zu beenden?
44. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie hoch ist der Anteil der Frauen, die nach der Rentenzugangsstatisik 1985 35 bis 40, 40 bis 45 und 45 bis 50 anrechnungsfähige Versicherungsjahre hatten, wenn man die in den Sozialpolitischen Informationen vom 14. Oktober 1986, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, in einer Übersicht angegebenen durchschnittlichen Rentenhöhen am 1. Juli 1986 der Versichertenrenten an Frauen, in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten mit jeweils 35 bis unter 40, 40 bis 45 bzw. 45 bis unter 50 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zugrunde legt?
45. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie lauten die entsprechenden Daten für Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung?
46. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt, in der nächsten Legislaturperiode sollte das Vermögensbeteiligungsgesetz dahin gehend geändert werden, daß die Einkommensgrenzen erhöht werden, die Zulage für Kontensparen ausläuft und die Zulage für Versicherungssparen mit dem Ziel der Abschaffung überprüft wird, und welche Steuer- bzw. -mindereinnahmen hätten diese Änderungen im einzelnen zur Folge, wenn die Einkommensgrenzen auf 36 000 DM/72 000 DM (Ledige/Verheiratete) erhöht würden?

47. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Welches sind die Gründe dafür, daß die Bundesregierung die Überlegungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt zur Abschaffung bzw. Überprüfung der Konten- und Versicherungssparförderung nicht in ihren Entwurf eines Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes aufgenommen hat, sondern deren Realisierung auf die nächste Legislaturperiode verschieben will, obwohl diesen Überlegungen im Prinzip entsprechende Regelungen seit zwei Jahren dem Bundesrat in Form des niedersächsischen Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen, dem Bundestag seit einem Jahr als entsprechender Bundesratsgesetzentwurf vorliegen, und sieht die Bundesregierung in dieser Verfahrensweise gleichermaßen einen Beweis für Stetigkeit, Rationalität und Arbeitsökonomie in der Gesetzgebung wie einen Beitrag zur langfristigen Stabilität der Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer, Tarifvertragsparteien und Kapitalmarkt?
48. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahme, im Rahmen einer grundlegenden Reform des Berufskrankheitenrechts ein Erfassungssystem gesundheitlicher Gefährdungen durch Arbeitsstoffe zu errichten, mit dem sich die Dunkelziffer arbeitsstoffbedingter Erkrankungen abbauen ließe, und ist die Bundesregierung darüber hinaus der Ansicht, daß einer der aussichtsreichsten Wege zur Gewinnung verbesserter epidemiologischer Erkenntnisse hinsichtlich berufsbedingter Krebse die Einrichtung von regionalen Zentralregistern sein könnte, in denen der Gesundheitszustand bei allen Arbeitern, die arbeitsbedingten Schädigungen ausgesetzt sind, lebenslang und sorgfältig registriert wird?
49. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Möglichkeit, arbeitsbedingte Belastungen – insbesondere unter Berücksichtigung der Latenzzeit – besser zu erfassen, in der Einführung eines „Gesundheitspasses“ für alle Arbeitnehmer besteht, der unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Datenschutzes als Nachweisbuch für berufliche Risiken systematisch und unabhängig von vorliegenden Krankheiten jene Arbeitsangaben erfaßt, die bei der Entstehung von Berufskrankheiten eine Rolle spielen könnten?
- Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**
50. Abgeordnete
**Frau
Dr. Segall**
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Unterlagen zu der Frage, welche Gründe schwangere Frauen dazu veranlassen, sich um einen Schwangerschaftsabbruch zu bemühen?

51. Abgeordnete
**Frau
Dr. Segall**
(FDP)
- Erwägt die Bundesregierung, ein Pilotprojekt zu starten mit dem Ziel, eine bessere Aufklärung über die verschiedenen Methoden der Schwangerschaftsverhütung zu erzielen, da die immer noch erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen eine bessere Beratung – insbesondere von Schülerinnen – dringend geboten erscheinen läßt?
52. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte Geistheiler tätig sind, und wie wirken sich die Aktivitäten und Methoden der Geistheiler auf die behandelten Personen aus?
53. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt das Bundesgesundheitsamt die bekanntgewordenen Aktivitäten der Geistheiler, und welche Empfehlungen kann das Bundesgesundheitsamt der Bevölkerung dazu geben?
54. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob es in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa einen gewerblichen Handel mit Spenderorganen (z. B. Entgeltzahlungen für Leichenorgane, gewerblicher Nachweis spendebereiter Personen) gab oder gibt?
55. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Hält die Bundesregierung einen solchen gewerblichen Handel mit Spenderorganen nach geltendem Recht für zulässig, und sieht sie die Notwendigkeit, besondere – gegebenenfalls welche – gesetzliche Regelungen für die Organspende zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

56. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Bundesminister für Verkehr Änderungen von Verkehrstarifen der Deutschen Bundesbahn verlangen kann, wenn dies aus Gründen des allgemeinen Wohls erforderlich ist, und wenn ja, hält die Bundesregierung die Senkung der Bundesbahntarife als Mittel im Kampf gegen das Waldsterben aus Gründen des allgemeinen Wohls für erforderlich?
57. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Wie oft und für welche Tarife hat der Bundesminister für Verkehr seit Inkrafttreten des § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes von seinem Recht Gebrauch gemacht, Änderungen von Verkehrstarifen der Deutschen Bundesbahn zu verlangen?

58. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- In welchen Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung ist der Betrag von 423 Millionen DM an Bundesmitteln enthalten, die der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Schulte laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. Oktober 1986 für die Finanzierung des sogenannten Alleentunnels in Frankfurt/Main zugesagt hat?
59. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- In welchen Ansätzen des Haushaltsentwurfs für 1987 sind Mittel für eine Finanzierung des oben genannten Bauprojekts vorgesehen?
60. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, nachdem jetzt die von ihr zum Kriterium gemachten Konflikte wegen der Inbetriebnahme zweier S-Bahn-Strecken in Frankfurt und der damit verbundenen Stilllegung von Straßenbahnlinien ausgeräumt sind, die S-Bahn-Verträge für die Strecken Frankfurt—Darmstadt, Frankfurt—Hanau und Offenbach—Dietzenbach und Offenbach—Ober-Roden zu unterzeichnen, und wann dürfte dies voraussichtlich der Fall sein?
61. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Gibt es hinsichtlich der vier genannten Strecken unterschiedliche Bewertungen in der Dringlichkeit und Kostenregelung, und worauf gründet die Bundesregierung möglicherweise diese Annahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

62. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zwischen dem Bundesverwaltungsamt in Köln und den einzelnen Bundesländern eine Vereinbarung folgenden Inhalts getroffen wurde: „Die Entschädigungsleistungen als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl werden durch die jeweilige Landesregierung durchgeführt.“?
63. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, daß die Landesregierung bei der Notfallenschutzplanung zum Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich die im Raum Koblenz stationierten 12 000 Soldaten nicht berücksichtigt hat, und ist dies möglicherweise Anlaß, daß die Bundesregierung gegen eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich vorgehen wird?
64. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung allein oder mit den betroffenen Bundesländern, um die vermehrt auftretenden ökologischen Schäden in der Alpenregion, die im Waldsterben, zunehmender Erosion und gesteigerter Lawinengefahr ihren Ausdruck finden, einzudämmen oder zu

beheben, und welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dabei gegenwärtig und in eventuellen Planungen für die Zukunft Maßnahmen der Verbauung, der Neuanpflanzung und gezielten Maßnahmen der Naturverjüngung zu?

65. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bewerbung der bayerischen Gemeinde Berchtesgaden um die Ausrichtung der Olympischen Winter Spiele 1992 unter dem Gesichtspunkt der weiteren Beeinträchtigung der ökologischen Grundlagen dieses Gebietes durch Errichtung gegebenenfalls erforderlicher Wettkampfstätten angesichts der Tatsache, daß Forstbeamte der bayerischen Staatsregierung anlässlich einer Bereisung des betroffenen Gebietes des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eindeutig erklärt haben, daß beim gegenwärtigen Umfang der Sanierungsmaßnahmen der Kampf gegen die Erosion schon bei dem Grad der gegenwärtigen Gefährdung nicht gewonnen werden könne?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung durch unsere Botschaft in Moskau dagegen protestiert, daß immer wieder, entgegen den Beschlüssen auf der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid, Bürger der Sowjetunion deutscher Volkszugehörigkeit am Zugang zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gehindert und bei Protesten dagegen verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt werden, und wird sie dies auf dem Wiener KSZE-Nachfolgetreffen einbringen?

67. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Welche Initiativen haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR „für substantielle Fortschritte bei dem dritten KSZE-Folgetreffen in Wien“ gemäß dem Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen vom 31. März 1986 unternommen?

68. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Recherchen des Auswärtigen Amtes führten dazu, daß die Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN zur menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Situation Tibets nahezu fünf Monate in Anspruch nahm?

69. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung bei ihren Recherchen zur Kleinen Anfrage „Menschenrechtliche und völkerrechtliche Situation Tibets“ auch die tibetische Exilregierung in Dharamsala in Indien sowie die Büros seiner Heiligkeit des XIV. Dalai-Lamas in London und Zürich konsultiert?

Bonn, den 17. Oktober 1986

